

## **SVP INTERNATIONAL**

Postfach 8252, CH-3001 Bern

Tel +41 31 300 58 58

Fax +41 31 300 58 59

Email: [info@svp-international.ch](mailto:info@svp-international.ch)

Internet: <http://www.svp-international.ch>



# Newsletter SVP International

Ausgabe vom Oktober 2007

## **Wie es wirklich um den Blocher-Geheimplan steht...**

---

**Seit die SVP zwei Bundesräte stellt, hat sich in der schweizerischen Politik viel geändert. Der EU-Beitritt ist kein strategisches Ziel des Bundesrates mehr, Volk und Parlament haben ein neues Asyl- und Ausländergesetz beschlossen, und es wird offen auch über heikle Themen gesprochen. Im VBS und EJPD zeigen die Bundesräte Schmid und Blocher, dass mit effizienter Arbeitsweise Geld gespart und die Ausgaben verringert werden können. Kurz: Die Doppelvertretung der SVP in der Landesregierung führte zu einem Kurswechseln in der Schweizer Politik.**

Die Wahl von Blocher in den Bundesrat hat die SVP nicht – wie von den anderen Parteien erhofft – geschwächt, sondern gestärkt. Blocher hat sich rasch in die Details eingearbeitet, strahlt hohe Kompetenz aus, führt sein Departement effizient und vorbildlich und hat wesentliche Ziele der Partei in kürzester Zeit umgesetzt. In der Öffentlichkeit geniesst er weit über die Partei hinaus hohes Ansehen.

### **Blocher-Abwahl soll SVP schwächen**

Je mehr Ansehen Christoph Blocher in der Öffentlichkeit gewinnt, desto grösser wird der Frust seiner Gegner. Der Glaube, mit der Abwahl von Blocher die Partei und ihre Politik nachhaltig zu schwächen, lässt Gegner unvorsichtig werden.

Seit Monaten wird hinter den Kulissen eine Abwahl vorbereitet. Die SVP hat die Pläne

dazu an einer Pressekonferenz thematisiert.

Die ersten Schritte zu diesem Ansinnen wurden vor gut einem Jahr sichtbar, als die SVP feststellte, dass SVP-Parlamentarier von anderen Parteien angefragt wurden, ob sie bereit seien, gegen Blocher in einer Kampfwahl anzutreten. Die Partei war nicht gewillt, dies hinzunehmen: Kurz darauf haben Fraktion und Delegierte beschlossen, im Falle der Abwahl eines ihrer Bundesräte in die Opposition zu gehen. Die Partei zeigte damit klar: Die SVP lässt sich auf keinen Fall von ihrer erfolgreichen Politik abbringen.

### **Tendenziöser GPK-Bericht**

In der Zwischenzeit operieren die Gegner vorsichtiger, weil sie gemerkt haben, dass sie sich selbst mehr schaden. Das Ziel jedoch, die verhasste SVP-Politik aus dem Bundesrat zu verdrängen und Blocher abzuwählen, bleibt. Mit dem GPK-Bericht zum Fall Roschacher leiteten sie den nächsten Schritt ein.

Bereits im Dezember 2005 forderte der damalige Präsident der GPK, Nationalrat Hugo Fasel (CSP), im Zusammenhang mit der GPK-Untersuchung in Sachen Swisscom den Rücktritt von Bundesrat Blocher. Er bezeichnete Blocher als „Gefahr für die Schweiz“.

Im Sommer 2006 folgte die nächste GPK-Untersuchung – dieses Mal von der GPK des Ständerates. Eine Subkommission

untersuchte die Albigüetli-Rede, welche Christoph Blocher im Januar 2006 gehalten hatte. Die SVP zeigte sich erstaunt darüber, dass die GPK über genügend Ressourcen verfüge, um Berichte über Reden einzelner Bundesräte herzustellen.

Gleichzeitig wies die SVP mehrfach darauf hin, dass die Arbeit und die umstrittenen Ermittlungsmethoden der Bundesanwaltschaft wiederholt Fragen aufwerfen. Bundesanwalt Valentin Roschacher geriet immer mehr unter öffentlichen Druck. Die Kündigung von Roschacher vor gut einem Jahr führte zu einer weiteren Untersuchung der nationalrätlichen GPK. Zwar hat kaum jemand den Rücktritt an sich bedauert. Hingegen sahen verschiedene politische Kräfte in diesem Vorgang einen Anknüpfungspunkt, Blocher weiter diskreditieren zu können.

Der mittlerweile von der GPK veröffentlichte Bericht lässt kein gutes Haar an Bundesrat Blocher: Dieser habe alles falsch gemacht. Der ehemalige Bundesanwalt hingegen habe keine Fehler begangen. Es ist offensichtlich, dass diese Darstellung nicht der Realität entspricht.

### **GPK-Bericht soll Blocher schaden**

Die Mehrheit der GPK hatte offensichtlich nicht zum Ziel, die Fakten aufzuarbeiten, sondern Bundesrat Blocher und der SVP im Wahlkampf Schaden zuzufügen. Subkommissionspräsidentin Lucrezia Meier-Schatz, welche die GPK-Pressekonferenz am selben Abend geleitet hat, gehört zum selben CVP-Filz wie der ehemalige Bundesanwalt Roschacher. Dieser wiederum wurde damals von CVP-Bundesrätin Ruth Metzler eingesetzt – er war ein Studienkollege ihres Ehemanns Lukas Metzler.

Es ist nicht das erste Mal, dass die GPK mit einem Bericht die Arbeit von Bundesrat Blocher in ein schlechtes Licht zu stellen versucht. Der neueste Versuch eröffnet jedoch eine neue Dimension. Ohne Belege und Beweise dafür zu haben, wird von einer möglichen „Staatskrise“ gesprochen. Die Dokumente, welche Subkommissionspräsidentin Schatz mittels „Rechtshilfefahren“ aus Deutschland erlangen wollte, konnte die SVP bereits am Tag darauf den Medien präsentieren.

Zu den einzelnen Vorwürfen an Christoph Blocher haben Bundesrat und Departement Stellung zu nehmen. Bundesrat Blocher hat

die „unhaltbaren und ehrverletzenden Vorwürfe in aller Form“ zurückgewiesen. Ebenso hat das EJPD die Vorwürfe der GPK zurückgewiesen. Der Bundesrat wiederum will mit Professor Georg Müller einen unabhängigen Rechtsberater beiziehen, um die Sachverhalte neutral beurteilen zu lassen.

### **Weitere Angriffe zu erwarten**

In den nächsten Tagen und Wochen sind weitere Angriffe auf die SVP und namentlich auf Bundesrat Blocher zu erwarten. Tatsache ist: **Wer sich gegen diesen Komplott wehren und für die Konkordanz einsetzen will, der muss SVP wählen. Am 21. Oktober geht es auch um die Bundesratswahlen. Wer SVP wählt, stärkt auch Christoph Blocher und Samuel Schmid. Und er sorgt mit dafür, dass die SVP auch in der neuen Legislatur mit einer Doppelvertretung in der Regierung erfolgreich bürgerliche Anliegen einbringen und umsetzen kann.**

**Rolf B. Schudel**, Johannesburg (SA)  
Präsident SVP International

### **Schlusspurt auch im SVP International Wahlkampf**

Auch die SVP International engagiert sich 2007 stark im Wahlkampf. Am 14. August wurden in Bern die drei Listen der SVP International an einer Pressekonferenz vorgestellt. Nur wenige Tage später konnten sich einige unserer Nationalratskandidaten am Auslandschweizerkongress mit klaren Voten positionieren und damit mitwirken, dass der Kongress ein Erfolg für die SVP wurde. Seither engagierten sich unsere Kandidaten an Standaktionen und Wahlveranstaltungen, schrieben Artikel, Bloggs und Leserbriefe, inserierten in Zeitungen, hielten 1. August Reden und traten in Schaffhausen sogar im lokalen Fernsehen auf.

Die folgenden drei Referate stammen aus der Pressekonferenz der SVP International vom 18. September in Zürich.

## **Die wirtschaftlichen und finanzpolitischen Realitäten der EU**

Referat von **Peter Simon Kaul**, Radebeul (D),  
Nationalratskandidat  
Liste SVP International, Kanton Zürich

Seit nunmehr bald 17 Jahren liegt mein Tätigkeitsschwerpunkt in Deutschland und, nach der Wiedervereinigung, in den neuen Bundesländern. Ich hatte somit die Gelegenheit, nicht nur Deutschland, sondern auch die EU und deren laufende Entwicklung in den letzten Jahren persönlich mitzuerleben.

Ich finde es gut, dass die Europäischen Staaten zusammengerückt sind, Handelshemmnisse abgebaut, eine gemeinsame Währung geschaffen und gegenüber Wirtschaftsräumen wie Amerika oder Asien mit einer möglichst einheitlichen Stimme auftreten. Dabei gilt **Deutschland** bekanntlich nicht nur als Zugpferd und **größter Zahler** sondern aus meiner Sicht auch gleichzeitig als der **größte Nutzniesser und Profiteur der EU**.

Unser grosser Nachbar hat es geschafft, viele seiner staatlichen Mechanismen, bürokratischen Strukturen und politischen Denkweisen erfolgreich in den EU-Apparat zu implementieren. Wenn man die EU verstehen will wie sie funktioniert, dann sollte man sinnvollerweise Deutschland genauer anschauen und verstehen lernen.

Trotz bestehendem Föderalismus ist Deutschland im Vergleich zur Schweiz bedeutend zentralistischer organisiert. Das gilt auch für die **EU**, welche sich **konsequent auf dem Weg zu einer zentralistisch geführten Staatengemeinschaft entwickelt**.

Deutschland verfügt über eine äusserst starke, dynamische und innovative Wirtschaft mit einem beachtlichen Binnenmarkt. Allerdings geht Deutschland als Staat mit seinen eigenen Finanzen viel weniger sorgfältig um, als wir dies von der Schweiz her kennen und gewohnt sind. In Deutschland hat sich ein Schuldenberg angehäuft, welcher von der jetzigen Generation nicht mehr selber getilgt werden kann. Und wenn in Deutschland vom Sparen die Rede ist, dann ist der „kleine“ Mann auf der Straße, der Normalbürger aufgefordert seinen berühmten Gürtel doch etwas enger zu

schnallen - kein nachahmenswertes Beispiel für die Schweiz also.

### **Vergleich Deutschland – Schweiz**

Wenn in der Schweiz Sparen angesagt ist, dann ist primär die öffentliche Hand damit gemeint. Und dies gilt auf kommunaler, kantonaler und Bundesebene. Wir haben Kantone, wo entsprechende Gesetze einen ausgeglichenen Haushalt zwingend vorschreiben. Auch gemäss Bundesverfassung Art. 126 hat der Bund seine Ausgaben und Einnahmen auf Dauer im Gleichgewicht zu halten. Die EU generiert zurzeit noch keine eigenen Einnahmen. Doch die Tendenz geht in diese Richtung. Und dann wird die **Deutsche „Schuldenphilosophie“ mit Sicherheit auch von der EU übernommen**.

Der Grad an Bürokratismus für die Wirtschaft in der Schweiz entspricht in etwa der Wunschvorstellung eines deutschen Mittelständlers. Dabei spielt nicht nur der administrative Aspekt eine Rolle, sondern auch die Stellung und das Ansehen, welche der Unternehmer in der Öffentlichkeit, bei Behörden und speziell beim Finanz- und Steueramt geniesst.

Warum zieht es trotzdem Schweizer Unternehmer und Unternehmen nach Deutschland? Es werden verschiedene Gründe sein. Einer der wichtigsten ist der Zugang zu einem bedeutend grösseren Binnen-, aber auch Exportmarkt. Deutschland ist nicht zufällig mehrfacher Exportweltmeister. Sich als Schweizer Unternehmen in die bestehenden regionalen und nationalen Netzwerke und Cluster Deutschlands einzubinden kann enorme Vorteile bringen. Zudem geniesst die Exportindustrie bei der Deutschen Regierung einen sehr hohen Stellenwert. In diesem Punkt könnte die Schweiz von Deutschland noch einiges lernen.

### **Qualitäten der Schweiz als Unternehmensstandort**

Was macht die Schweiz besser als Deutschland? Neben dem tieferen Bürokratisierungsgrad und den attraktiveren Steuern verfügen wir über eine vergleichsweise hervorragend ausgebaute Infrastruktur. Dies nicht nur im Bereich des Verkehrs, sondern auch in Bereichen wie Forschung und Entwicklung, Ausbildung, Fachkräfte-

potential, Telekommunikation, Wohn- und Lebensqualität und nicht zuletzt stabile politische Verhältnisse. Diese gilt es zu erhalten. Allerdings könnten diese Vorteile noch viel besser nach aussen kommuniziert werden. Es mangelt an aktivem und systematischem Dialog der Schweiz mit seinen Wirtschaftspartnern. Darin sehe ich in Zukunft noch vermehrt Potentiale und Aufgaben für uns Auslandschweizer.

Bekanntlich lebt jeder 10. Schweizer im Ausland. Es ist allerdings eine sehr heterogene Gemeinschaft mit vielschichtigen Gründen für ihren Auslandsaufenthalt. Dementsprechend ist auch das Wissen über die Schweiz und die Bereitschaft, sich ehrenamtlich für den bilateralen Dialog einzusetzen, sehr unterschiedlich.

Ich persönlich übe neben meiner selbständigen beruflichen Tätigkeit zurzeit mehrere ehrenamtliche Funktionen aus, welche sich alle ganz zentral mit dem Informationsaustausch und dem Dialog zwischen der Schweiz und Deutschland, speziell mit den neuen Bundesländern Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen, befassen. Diese Form, uns für die Schweizer Interessen im Ausland einzusetzen, hat sich aus meiner Sicht sehr bewährt und sollte möglichst noch ausgebaut werden.

Ein direkter Vertreter von uns Auslandschweizern im Parlament wäre sehr sinnvoll und für die Schweiz in vieler Hinsicht nützlich: Seine Aufgabe könnte zum Beispiel sein, den Informationsaustausch und Dialog zwischen den Schweizerinnen und Schweizern im In- und Ausland zu verbessern und wertvolle Informationen von aussen an wichtige Stellen in der Schweiz zu tragen. Es müsste daher jemand sein, der das Auslandschweizersein selber lebt, und den berühmten Blick und die Erfahrungen von aussen einbringen könnte. Denn wichtig für die Schweiz ist nicht nur wie sie sich selber sieht, sondern auch, wie sie von Dritten gesehen wird.

### **Die Schweiz als international konkurrenzfähiger Wirtschaftsplatz**

Die internationale Konkurrenzfähigkeit der Schweiz ist nach wie vor sehr gut. Allerdings laufen wir Gefahr, diese Vorteile nach und nach zu verlieren. Die Angriffe der EU auf unser Bankkundengeheimnis oder das föderale Steuersystem sind nur Beispiele

dafür. Weitere werden mit Sicherheit folgen. Dabei interessiert es die EU sehr wenig, dass damit unsere direkte, föderale Demokratie auf dem Spiel stehen könnte. Der EU geht es ausschliesslich um Eigeninteressen. Ob das Bankkundengeheimnis, moderate Steuern, ein relativ geringer Bürokratismus, usw., all das ist Ausdruck unseres politischen Systems, der direkten Demokratie. Dieses System der direkten Demokratie gilt es zu erhalten, weiterzuentwickeln aber auch zu verteidigen. Es ist der beste Garant, dass die Schweiz auch weiterhin international konkurrenzfähig bleibt. Allerdings ist dies innerhalb der zunehmend zentralistisch werdenden EU nicht möglich. Somit **bleibt der Schweiz die einzige Alternative, ihren Weg selbständig, unabhängig und neutral zu gehen.**

Gleichzeitig müssen wir den Kontakt speziell mit unseren Nachbarn, aber auch mit den anderen Ländern dieser Welt, intensivieren. Dies ist für die Zukunft und die weitere positive Entwicklung der Schweiz ganz entscheidend. Verständnisförderung und Dialogintensivierung sollten dabei im Mittelpunkt stehen. Hier könnten wir Auslandschweizer in Zukunft eine noch wichtigere Rolle einnehmen und durch Einsitznahme im Parlament den für die Schweiz überlebenswichtigen Informationsaustausch entscheidend unterstützen.

## **Wie sozial ist der schwedische Sozialstaat?**

---

Referat von **Inge Schütz**, Stockholm (S),  
Nationalratskandidatin  
Liste SVP International, Kanton Zürich

Ich lebe und arbeite mit Unterbrüchen seit 1973 in Schweden und bin daher genügend lange in diesem Land, um die Vorzüge und Nachteile dieses Staatsmodells genauer beurteilen zu können.

**Kurz zusammengefasst: Das schwedische Modell hat zur Folge, dass den Bürgern unglaublich viel Geld aus der Tasche gezogen wird, sie aber nur mittelmässige Leistungen des Staates erhalten und in ihrer Wahlfreiheit stark eingeschränkt werden.**

Von einem schwedischen Durchschnittseinkommen von umgerechnet CHF 3'800 (Schweiz: CHF 5'335 (2004)) fliessen 60,3 Prozent direkt in die Staatsschatulle. Diese weltweit höchsten Steuerabgaben bleiben nicht ohne Auswirkungen auf die Wirtschaft. Staatliche Kontrolle und Eingriff in die Privatsphäre der Bürger, begleitet von einer Orgie sozialer Auswüchse, trieben das Land Mitte der 90er Jahre in den Ruin. Auch wenn die eingeleiteten Reformen einiges kurzfristig verbessern konnten, leidet Schwedens Wirtschaft stark unter dem rigiden Wohlfahrtsstaat. Die Nachteile des sozialistischen Staatsmodells werden gerne unter den Teppich gekehrt. So verheimlicht etwa die permanent geschönte Arbeitslosenstatistik, dass über eine Million Menschen im arbeitsfähigen Alter in Frührente geschickt, auf lange Zeit krankgeschrieben oder anderweitig in Ausbildungsprogramme gesteckt werden. Daher spricht man selbst in Gewerkschaftskreisen von einer echten Nichtbeschäftigungsrate von rund 20 Prozent.

Interessant ist auch, dass in Schweden verhältnismässig wenig neue Arbeitsstellen geschaffen wurden, obwohl in internationalen Vergleichsstatistiken über Produktivitätssteigerungen und Wirtschaftswachstum Schweden weit oben steht.

### **Reihenhausproletarier und Ombudskapitalisten – wie die Schweden ihr Vermögen verloren haben**

Jeder fünfte Haushalt in Schweden hängt am Staatstropfen, d.h. erhält Transferzahlungen wie staatliches Krankentaggeld (exkl. Arbeitgeberzahlungen), Arbeitslosenkasse, IV-Beiträge oder Sozialhilfe. Jede dritte Person zwischen 20 und 64 Jahren erhält die erwähnten Zahlungen, nicht mitberücksichtigt sind Studiendarlehen, Elterngeld, Kindergeld und Wohnzulagen. Im Jahr 2004 erhielten gesamthaft 1,8 Mio Schweden im Alter von 20 und 64 Jahren finanzielle Hilfe vom Staat und ungefähr jeder sechste Einwohner erhielt mehr als CHF 14'000 jährlich. Trotz diesem Manna von Oben sind am Monatsende die Restaurants leer und die Taxichauffeure warten vergeblich auf Kunden, wie der Volkswirtschaftler, Dr. Dick Kling, in seinem neuen Buch „Reihenhausproletarier und Ombudskapitalisten – wie die Schweden ihr Vermögen verloren haben“ aufzeigt. Das

grosszügige Beitragssystem fordert die höchsten Steuern der Welt. Folglich ist es für den Einzelnen fast unmöglich geworden, privat Geld zu sparen. Politische Entschiede bestimmen den Alltag, die Höhe der zukünftigen Beitragszahlungen und somit das zukünftige Einkommen der Bürger. Die vermeintliche soziale Sicherheit wurde zum Preis der totalen Abhängigkeit vom Umverteilungsstaat erkaufte. Ein Blick über die Grenzen zeigt, dass der finnische Nachbar doppelt so reich und der Italiener sechsmal so vermögend ist wie der Schwede.

### **Kränkendes Gesundheitssystem**

Auch das berühmte schwedische Gesundheitssystem hat viel von seinem Glanz verloren. So vertraten kürzlich 42,3 Prozent der Bevölkerung der Provinz Östergötland die Auffassung, dass die Gesundheitsversorgung in den letzten 10 Jahren schlechter geworden sei, während nur 15,6 Prozent der Meinung waren, dass sich die Gesundheitsversorgung verbessert habe. Und dies, obwohl die offiziellen Indikatoren das Gegenteil vorgeben. Das Hauptproblem in der schwedischen staatlichen Gesundheitsversorgung ist die mangelnde Wahlfreiheit der Patienten, welche durch die Planwirtschaft und die festen Budgets der einzelnen Gesundheitsanbieter bedingt ist.

Die schwedischen Patienten müssen ausserdem viel längere Wartezeiten in Kauf nehmen, wenn sie zum Arzt oder ins Krankenhaus müssen, als Patienten anderer europäischer Länder. Lassen Sie mich dies an einem mir bekannten Beispiel dokumentieren: Ein Mann, erkrankt an aggressivem Prostatakrebs, erhielt in Schweden die Auskunft, eine weitere Konsultation sei erst in 6 Wochen möglich. Der gebürtige Deutsche setzte sich gleich danach mit seinem Arzt in Deutschland in Verbindung und wurde innerhalb der nächsten 14 Tage operiert und geheilt. Hätte er warten müssen... die Konsequenzen kann man sich leicht ausrechnen. Dieses Beispiel ist leider kein Einzelfall und viele Schweden machen sich ernsthaft Gedanken, wie der Staat die zukünftigen Anforderungen und erhöhte Nachfrage durch die alternde Bevölkerung erfüllen soll. Die Schweden zahlen seit Jahren rund 10 Prozent des Bruttoeinkommens an das Gesundheitswesen und erwarten zu Recht eine professionelle Gegenleistung.

Eine Studie des schwedischen Karolinska-Instituts attestiert schwedischen Patienten nur einen durchschnittlichen Zugang zu neuen Krebs-Medikamenten, während dieser in der Schweiz stark überdurchschnittlich ist.

### **Die Grenzen des sozialistischen Staatsmodells**

Die Schweiz und Schweden – jene zwei Länder, die mir am meisten am Herzen liegen. Beide Länder kenne ich bestens: Ich habe in Schweden etwa ein Drittel meines Lebens verbracht, den Rest in der Schweiz. Die Staaten unterscheiden sich aber markant: Dort Schweden, der sozialistische Umverteilungsstaat, in dem der Bürger schon als Kleinkind im Kinderhort auf das Kollektiv eingetrimmt wird, hier die Schweiz, eine direkte Demokratie, die auf die individuelle Teilnahme und Eigenverantwortung der Bürger abzielt.

### **Wie sozial ist der schwedische Staat nach 63 Jahren sozialistischer Indoktrination?**

Gemäss Statistik liegt das durchschnittliche Jahreseinkommen in Schweden bei CHF 45'600, wobei die Steuern, Abgaben, AHV noch über 60 Prozent wegessen. In der Schweiz liegt das vergleichbare Jahreseinkommen bei CHF 66'600. Die Schweiz hat eines der sozialsten Systeme weltweit. Hier bezahlen kleine Einkommen keine oder nur sehr wenig Steuern – dies im Vergleich zu den so genannten Wohlfahrtsstaaten, wo sie mindestens 30 Prozent bezahlen.

Ohne Wettbewerb und Eigenverantwortung fehlen die Anreize, Höchstleistungen zu erbringen und dafür dementsprechend belohnt zu werden. Bei zuviel Umverteilung werden jene bestraft, die Ideen haben, motiviert sind und etwas leisten wollen. Auch in der Schweiz geht die Tendenz seit 30 Jahren in Richtung des schwedischen Sozialstaates – das ist unhaltbar! So ist die Soziallastquote, welche 1990 noch unter 20 Prozent lag, heute auf rund 30 Prozent angestiegen. Über 130 Milliarden Franken werden heute für den Sozialstaat in der Schweiz ausgegeben. Heute gilt auch in der Schweiz gemeinhin als „sozial“, wer jemandem Geld wegnimmt und dies an einen anderen weitergibt. Dabei gilt fälschlicherweise schon die Tätigkeit des Umver-

teilens an sich als „sozial“, unabhängig davon, ob der Empfänger eine Leistung nach objektiven Kriterien überhaupt benötigt oder erhält. Der Umverteilungsmechanismus generiert selber so viel Administration, dass schon viel Geld beim Verteilen versickert. Das Umverteilungskonzept der Linken ist alles andere als sozial! Sozial sein heisst nämlich dort zu helfen, wo Hilfe nötig ist und sonst den Grundsatz der Selbstverantwortung walten zu lassen. Und diejenigen, welche sich selber helfen, dürfen nicht durch die Umverteilung à la SP bestraft werden. Dies ist klar asozial und führt dazu, dass Leute Leistungen erhalten, die sie eigentlich nicht nötig hätten und für die andere Leute unnötigerweise höhere Steuern zahlen müssen. Sozial sein heisst aber nicht nur denen zu helfen, die Hilfe nötig haben, sondern auch, die Leistungen des anderen anzuerkennen und nicht durch Gleichmacherei zu schmälern.

### **Die Lehren für die Schweiz: Rückkehr zu Eigenverantwortung**

Die Auswüchse des schwedischen Sozialstaates haben gezeigt, dass auch in der Schweiz dringend eine Kehrtwende nötig ist – eine Rückkehr zum Leistungsprinzip: Leistung muss sich wieder lohnen. In der Schule, in der Ausbildung, im Beruf, im Unternehmen. Doch dies verlangt nach einer Stärkung der Eigenverantwortung. Wer die Eigenverantwortung der Bürger stärkt, lässt ihnen ihre Mittel und ermöglicht ihnen eine möglichst gute Entfaltung. Dies zum Wohle der Bürger, der Wirtschaft und der Volkswirtschaft. Die Unterdrückung der Eigenverantwortung führt zu Sozialismus, Planwirtschaft und zur Bestrafung all jener, die bereit sind, einen Beitrag für die Gesellschaft zu leisten.

**Ich unterstütze die SVP, weil sie für mehr Eigenverantwortung und Freiheit einsteht.** Ein Sitz im Nationalrat und damit die Möglichkeit, die gemachten Erfahrungen der Schweizer im Ausland konkret zu berücksichtigen und in den zukünftigen Entscheidungsprozess mit einzubeziehen, ist mein Ziel und meine Motivation, mich im Wahlkampf zu engagieren.

## **Ausländerpolitik aus dem Ausland gesehen**

---

Referat von **Markus Stöckli**, Quito (Ecuador),  
Nationalratskandidat  
Liste SVP International, Kanton Zürich

Vor 12 Jahren bin ich nach Ecuador, Südamerika, übergesiedelt. In ein Land, welches sich sehr von der Schweiz unterscheidet, jedoch viele Attraktionen und Möglichkeiten bietet. Eine ganz andere Kultur mit einer anderen Mentalität und anderen Sitten erschweren oft die Integration. Aber als Ausländer war mir von Anfang an bewusst, dass ich mich meinem Gastland anpassen, mich auf die andere Lebensweise einstellen und die dortige Sprache lernen muss. Niemand hat uns gezwungen, in unser neues Land auszuwandern; wir sind freiwillig dort. Das Gastland bestimmt die Regeln, die Gesetze, die Normen, und wir Ausländer müssen uns daran halten. Eine reibungslose Integration ist nötig, damit man aufgenommen und akzeptiert wird. In meinem Fall hat das sehr gut funktioniert und das habe ich ganz alleine mir, meinem Effort und meiner positiven Einstellung zu verdanken.

### **Das weltweite Problem der Kriminalität**

Auch wenn heute Kriminalität leider ein weltweites Problem darstellt, sind die Voraussetzungen zur Kriminalitätsbekämpfung ganz unterschiedlich. In armen Ländern wie Ecuador ist die Kriminalitätsrate um einiges höher als in der Schweiz. Viele Einwohner stehlen, entführen oder morden, weil sie um ihre Existenz kämpfen und ihr Leben davon abhängt. Die Polizei und die Armee, welche oft nicht richtig ausgebildet wurden, machen das Mögliche, um diese Kriminalität zu bekämpfen. Dabei haben sie keine leichte Arbeit. Wer letztendlich erwischt wird, kommt ins Gefängnis. Und zwar nicht in solche Luxusanlagen, wie wir sie in der Schweiz kennen. Meistens hoffnungslos überfüllt, ohne genügend Essen und Trinken, ist ein Gefängisaufenthalt in Südamerika eine wahre Tortur. Auch in Ecuador haben sich viele kriminelle Ausländer eingemausert, meistens sind sie illegal anwesend. Auch diese werden eingesperrt und früher oder später ausgeschafft. Die Regeln und Gesetze sind klar, nur haben Polizei und Armee nicht die gleichen Mittel und Möglichkeiten wie wir in der Schweiz.

## **Die Ausschaffungsinitiative als erster Schritt in die richtige Richtung**

Auch in der Schweiz müssen endlich klare Regeln herrschen, denn Kriminelle – ob Schweizer oder Ausländer – werden viel zu lasch behandelt. Für viele Ausländer ist ein Aufenthalt in einem Schweizer Gefängnis besser, als im eigenen Land einer Arbeit nachzugehen, was indirekt den Kriminalitätstourismus begünstigt. Dazu kommen die enormen Gefängniskosten, die aufzuwenden sind, bezahlt durch die Schweizer Steuerzahler. Aber es geht in dieser Frage nicht nur um Kosten, es geht vor allem um Grundprinzipien und Gerechtigkeit. Es ist nicht akzeptabel, dass Ausländer für kriminelle Zwecke in unser Land kommen. Die Kriminalitätsrate der Schweiz muss wieder eingedämmt werden. Gerade weil ich die Zustände in anderen Ländern kenne, unterstütze ich die Ausschaffungsinitiative der SVP.

Nur weil in einem weltweit und in vielen Sprachen gebrauchten Sprichwort das schwarze Schaf schwarz ist, kann uns bei der Verwendung dieses Ausdruckes nicht Rassismus unterstellt werden. Es geht hier nicht um Fremdenhass, sondern darum, die allgemeine Ordnung im Land zu erhalten, respektive wiederherzustellen. Dies ist im Interesse aller Bewohnerinnen und Bewohner der Schweiz, besonders der ausländischen. Denn die kriminellen Ausländer schaden vor allem dem Image derjenigen Ausländer, die hier friedlich leben, sich integriert haben, sich durch ihre tägliche Arbeit am Wirtschaftssystem beteiligen und nicht schamlos unser Sozialsystem ausnützen. Ich warne die Schweizerinnen und Schweizer: Wenn wir das Problem heute nicht in den Griff bekommen, dann werden wir in Zukunft in der Rassismusfrage sehr schwierigen Zeiten entgegensteuern. Und das kann definitiv nicht im Interesse unseres Landes liegen. Also handeln wir besser heute, bevor es zu spät ist. Die Schweiz war während sehr langer Zeit das sicherste Land der Welt und es muss unser Ziel sein, dies wieder zu erreichen.

### **Wir Schweizer und der Patriotismus**

Wir können und dürfen stolz darauf sein, Schweizer zu sein. Aber immer öfters wird dies von linken Kreisen in Frage gestellt. Musste ich doch zum Beispiel einmal aus

der Presse entnehmen, dass ein rotes T-Shirt mit dem Schweizer Kreuz zu tragen, diskriminierend für die hier lebenden Ausländer sei. Wir haben doch das Recht und Pflicht, unsere Farben zu zeigen, zu verteidigen, zu bestimmen was in unserem Land geschieht und mit Stolz Schweizerinnen und Schweizer zu sein. Es ist unsere Schweiz. Interessanterweise ist gerade in armen Ländern der Patriotismus sehr ausgeprägt. Haben Sie zum Beispiel schon einmal in einem Fussballstadion 45'000 Zuschauer, meistens in den Farben des Nationalteams gekleidet, die Landeshymne singen hören? Ich schon, und ich muss Ihnen sagen: Es ist ein wahnsinniges Gefühl! Und warum soll das in der Schweiz anders sein? Gerade wir haben allen Grund dazu, Patrioten zu sein. Unser Land gilt weltweit als Beispielsnation und wir müssen dafür kämpfen, dass sich dies nicht ändert.

### **Warum ich als Auslandschweizer für den Nationalrat kandidiere**

Eine Kandidatur von Auslandschweizern hätte wohl vor einigen Jahren wenig Sinn gemacht, weil die nötigen Informationen nicht zureichend oder sehr verspätet im Ausland eintrafen. Heute ist das anderes: Oft habe ich vor dem Einschlafen die Schweizer Tageszeitungen bereits gelesen und dies bevor die meisten Schweizerinnen und Schweizer aufwachen. Das Internet macht es uns möglich, auch von der Ferne aus am Ball zu bleiben und stets über die Ereignisse in der Schweiz informiert zu sein.

Nur die SVP hat eine klare Linie und ein klares Programm, um sich den existierenden Problemen zu stellen und diese zu lösen. Darum wählen wie ich viele andere Auslandschweizer SVP und engagieren sich aktiv in der Schweizer Politik. Es ist uns wichtig, dass sich die Schweizer Traditionen und Werte erhalten und die Schweiz für immer ein Vorzeigeland für Ordnung, Sicherheit, Ehrlichkeit und Disziplin bleibt. Wir Auslandschweizer können dazu einen ganz speziellen Beitrag leisten, weil wir als Ausländer in unserem Gastland viele Probleme der Schweiz von der anderen Seite her kennen.

### **Unsere Meinung zählt!**

**Heute leben über 640,000 Schweizer Bürger im Ausland und doch haben wir keinen einzigen Vertreter in Bern. Das ist unhaltbar. Und noch viel schlimmer ist die Tatsache, dass sich die Linke immer mehr anmassiert, die Interessen der Auslandschweizer zu vertreten. Die These in Bern scheint zu sein, dass Auslandschweizer ohnehin politisch weiter links stehen, "weltoffener" und weniger patriotisch sind. Wer im Ausland lebt muss schliesslich für den EU-Beitritt sein. Wer im Ausland lebt, kann doch nicht für eine Verschärfung des Asyl- und Ausländergesetzes sein. Und wer im Ausland lebt, hält vom Sonderfall Schweiz ohnehin nicht viel. Diesem Denken will ich entgegenwirken!**

Wir Auslandschweizer sind sehr wohl patriotisch gesinnt und wir lieben unsere Heimat. Nur weil wir aus etweligen Gründen im Ausland leben heisst das noch lange nicht, dass uns die Schweiz egal ist. Ganz im Gegenteil: Aus eigener Erfahrung weiss ich, dass die Heimatverbundenheit oft zu- und nicht abnimmt. Und mit Verbundenheit kommt oft auch Sorge zum Ausdruck.

Im Zeitalter des Internets ist es für uns Auslandschweizer relativ einfach, Informationen aus unserer Heimat zu erhalten. Ein Mausklick genügt. Und was wir da zu lesen und zu hören bekommen, ist meiner Meinung nach erschreckend. Es vergeht kein Tag, ohne dass die Zeitungen nicht von einer Reihe von Einbrüchen, Diebstählen, Körperverletzungen und Schlägereien berichten. Es vergeht kaum eine Woche, ohne dass wir nicht hören müssen wie rückständig unser Sonderfall Schweiz doch sei. Selbsternannte Volksvertreter wollen das Rütli zurückerobern. Die Bundesrichter in Lausanne missachten einen Volksentscheid nach dem anderen. Und die Medien lassen nicht davon ab, die schweizerischen Werte durch den Dreck zu ziehen. Das kann und darf uns nicht egal sein. Wir können und müssen etwas an der offiziellen Politik in Bern ändern.

**Also liebe Auslandschweizer: Lassen wir uns nicht länger von irgendwelchen Scheinpatrioten in Bern vertreten. Es ist an der Zeit, dass wir unsere eigenen**



## Vertreter nach Bern schicken. Unsere Meinung zählt!

Rinaldo Bucher, Weston, FL (USA)  
Nationalratskandidat  
Liste SVP International, Kanton Zürich

## „Entwicklungshilfe“ für Reiche statt Arme: Geldverschwendung von Deza und Seco!

Melanie Winiger „schämt sich als Schweizerin“, weil unser Land für die Hunger leidenden Armen der Welt zu wenig tut. Sie hat Recht und Unrecht zugleich! Wir Schweizer müssen uns nicht schämen, weil wir zu wenig Hilfe leisten. Sondern wie **leichtsinnig und verantwortungslos riesige Summen verschleudert werden**. Schämen sollten sich dafür vor allem Teile der Entwicklungshilfe-Clique.

Jüngste Beispiele lieferten dazu – einmal mehr - das Deza und die Seco anlässlich des Besuches von Bundesrätin Doris Leuthard in Vietnam. Weitere Millionen werden in diesem Land sinnlos eingesetzt – ohne dass die wirklich Armen auch nur im Geringsten davon profitieren. Dafür umso mehr die bereits Privilegierten! **So werden die zahlreichen Dollar-Multi-Millionäre, die es in Vietnam tatsächlich gibt, noch reicher**. Jene vietnamesischen Millionäre, die für die Armen im eigenen Land nichts übrig haben, sondern durch deren schamlose Ausbeutung zu unvorstellbarem Vermögen gekommen sind (mit Komplizenschaft westlicher Investoren).

T-Shirts und Schuhe (auch von Nike!), die unter menschenunwürdigen Bedingungen nicht nur in China, sondern auch in Vietnam produziert werden zu Herstellungskosten im unteren einstelligen Dollarbereich werden den ahnungslosen Konsumenten in aller Welt bis zum 30 bis 100fachen Preis der Produktionskosten verkauft. Kein Europäer kann sich vorstellen wie viel Schweiß und Tränen hinter seinem neuen Marken T-Shirt oder Schuh aus China oder Vietnam stecken. Tausende junger Frauen - in käfigartigen Hallen ohne Lüftung regelrecht „eingesperrt“ - schufteten bis zur Ohnmacht (wörtlich!!!). Die bittere Not zwingt sie, zu solch mörderischen Bedingungen zu arbeiten. Das wollen die in Hanoi sich räkelnden

Deza-Funktionäre ganz offenbar nicht sehen. Das spendefreudige, grosszügige Schweizer Volk wird arglistig getäuscht und betrogen. Der Leuthard-Besuch bescherte u.a. folgendes:

- Millionen für eine Modernisierung des Bankwesens. Wenige Tage danach erhielten Credit Suisse und UBS in Vietnam den Zuschlag einer Ausschreibung des grössten vietnamesischen Mobilfunkbetreibers. Seltsam?
- Frau Leuthard setzte sich für die Pharmalobby ein. Wenige Jahre zuvor intervenierte nämlich die vietnamesische Regierung z. B. gegen das Preisgebaren der Schweizer Firma Züllig, einer der führenden Pharmavertrieber in Südostasien. Namentlich auch wegen überhöhten Preisen. (Damit hat auch Kinderspital-Doktor Beat Richner in Kambodscha schwer zu kämpfen!) Man wundert sich – nicht mehr! Frau Leuthard machte sich (hoffentlich ungewollt) zur Handlangerin für teurere Medikamente für die arme Bevölkerung.
- 12 Millionen USD (ca. 15 Mio. Schweizer Franken) werden für eine Kläranlage in Ba Ria/Vung Tau ausgegeben. Der reichsten Provinz Vietnams! Reicher als die Wirtschaftsmetropole Ho Chi Minh Stadt! Welch ein Zufall, dass auch die Familie des Schweizer Honorarkonsuls (Multi-Dollar-Millionäre, die zu den reichsten Familien Vietnams gehören) in dieser Gegend das grösste Hotel Resort mit kilometerlangem Strand am südchinesischen Meer betreibt. Ein Millionenbesitz, der den Namen seiner vietnamesischen Frau „THUY DUONG“ trägt. Und auch der Zementriese Holcim ist dort ansässig! Die Provinz Ba Ria verdankt den Geldsegen den reichlichen Öl- und Gasvorkommen. Jetzt soll das schmutzige Wasser der Reichen mit Schweizer Hilfgeldern gewaschen werden. Wundersame Hilfe also für die „Ärmsten“ der Armen?
- In Gebiete wo die wirklich Armen leben – zum Beispiel im südöstlichen Mekongdelta – setzen die Deza-Verantwortlichen kaum einen Fuss hin. Dort wäre es ja unbequem:

Malaria, Schlangen, Sumpf, keine Autobahnen für die schönen Dienstwagen, keine feinen Hotels und Restaurants und kein quirliges Nachtleben. In einigen Gebieten kann dabei ein fehlender Fünfliber schon bei einer relativ harmlosen infizierten Verletzung oder Erkrankung zum Tod führen! Oder umgekehrt: man könnte mit 5 Franken für Medikamente ein Menschenleben retten. Oder mit weit weniger als 100.000 Franken – nicht mit vom Deza gern geprotzten Millionen – eine Schule für mehrere Dörfer errichten! Oder kleine Brücken für höchstens 8000 Euro wie es die Deutschen tun. Alleinstehende Mütter hausen mit ihren hungernden Kindern derweil unter einem Plastiktuch, das an den vier Enden an Bambusstangen geknotet ist. Diesen bitter armen Menschen hilft die Schweizer Entwicklungshilfelobby nicht. Sie hat gar keine Ahnung von deren Existenz!

Darum hat Melanie Winiger Recht, dass die Schweiz für die Hungernden zu wenig tut. Aber nicht weil die Schweizer Steuerzahler der Regierung dafür zu wenig Geld geben oder geizig sind und sich deshalb schämen müssten! Sondern weil sich im Entwicklungshilfebusiness – vor allem unter der Guide des Deza - eine unheimliche Eigendynamik entwickelt hat, die kein Aussenstehender mehr nachvollziehen, geschweige denn durchblicken kann. Schon gar nicht die jeweiligen Departementsvorsteher.

Bedürftigen zu helfen ist eine edle Aufgabe besitzender Länder. Die Schweiz war(!) da weltweit ein Beispiel. Heute wundern sich sogar ausländische Diplomaten darüber, wie grotesk die Schweiz die Hilfsgelder einsetzt – besser: vernichtet.

Eine genaue Untersuchung der Empfänger staatlicher Entwicklungsgelder, die das Deza munter sprudeln lässt, ist mehr als dringend. Nur so kann aus dem Entwicklungs-Sumpf wieder klares Wasser fliessen. Eine Durchleuchtung der Tätigkeit (und verschiedener früherer Projekte) des

Deza ist aus Respekt gegenüber dem ahnungslosen Schweizer Volk mehr als angesagt. Eine stichprobenartige, peinlich genaue, objektive und schonungslose Untersuchung! Nicht durch Politiker, sondern durch ausgewiesene Fachleute sowie anerkannte Wirtschaftsprüfer. Nur so kann das Vertrauen der Schweizer Bevölkerung in die Organe der Entwicklungshilfe wieder hergestellt werden.

Die Armen der Welt brauchen dringend unsere Hilfe, nicht die Profiteure und Bürokraten der aufstrebenden Entwicklungsländer. Denn wir Schweizer helfen den Ärmsten der Armen gerne – ohne wenn und aber! Aber nicht den Profiteuren der ausbeuterischen Regime.

**Urs C. Grassi**, Ho Chi Minh Stadt (Vietnam)  
Nationalratskandidat  
Liste SVP International, Kanton Zürich

## **VARIA:**

---

**Am 11. Oktober wird in Zürich ein Wahlanlass der SVP International stattfinden, zu dem alle Interessierten eingeladen sind.** Weitere Informationen folgen in den nächsten Tagen mittels separater Einladung.

Alle Informationen zur SVP-Volksinitiative **für die Ausschaffung krimineller Ausländer**, wie auch den Unterschriftenbogen zum downloaden finden Sie unter:  
[www.ausschaffungsinitiative.ch](http://www.ausschaffungsinitiative.ch)

**Natürlich können auch Auslandschweizer die Initiative unterschreiben, sofern sie bei einer Schweizer Gemeinde als Wähler registriert sind.** Diese Gemeinde muss oben beim Feld „Kanton“, „Postleitzahl“, und „Politische Gemeinde“ eingetragen werden. Im Feld „Wohnadresse“ kann die Adresse im Ausland notieren werden. Pro Stimmgemeinde muss ein neuer Bogen verwenden werden. Danach müssen die Bogen nur noch an das Komitee geschickt werden (Adresse auf dem Bogen). Die Beglaubigung bei der politischen Gemeinde wird von uns erledigt.